

Deutsche Impulse überwinden den Kapitalismus

Krisen, Chancen und Auftrag

Landolf Ladig

Vor dem Ende der Globalisierung gilt es sich daran zu erinnern, daß aus Deutschland die wichtigsten Impulse zur Gestaltung einer nachkapitalistischen Welt kommen.

Teil 1: Kapitalismuskrise und Peak Oil

Deutschland als Ideenschmiede

Wurde das Deutschlandbild der gebildeten angelsächsischen Schichten im 20. Jahrhundert von der Kriegspropaganda ihrer Heimatländer geprägt, scheint seit etwa zehn Jahren auch in der „etablierten“ Wissenschaft eine Neubewertung des ehemaligen Gegners Fuß zu fassen: Niall Ferguson (Schottland) arbeitet in seinem 1999 auf Deutsch erschienen Buch „Der Falsche Krieg“ die Hauptschuld der englischen Politik am Ausbruch des 1. Weltkriegs heraus. In „Lehrjahre der Demokratie“, mittlerweile das Standardwerk zur Gesellschaftsgeschichte des Kaiserreichs in den USA, entlarvt Margaret L. Anderson (USA) die immer wieder behauptete Rückständigkeit des Zweiten Deutschen Reiches als Lüge. Christopher Clark (Australien) legt eine vielbeachtete Monographie vor, in der er fast liebevoll seinen Forschungsgegenstand „Preußen“ ausbreitet und mit der Mär vom autoritären Willkürstaat Preußen gründlich aufräumt. Und im letzten Jahr erschien das opus magnum „Genius der Deutschen“ eines Peter Watson (England), der auf über 1000 Seiten kenntnisreich darlegt, daß kein anderes Volk in den letzten 250 Jahren mehr zur Höherentwicklung der Menschheit beigetragen hat als das deutsche. Damit haben Bücher mit durchaus revisionistischen Zügen in den letzten Jahren in der angelsächsischen Welt jenseits des „rechten“ Ghettos eine beachtliche Verbreitung erfahren. Eine Ahnung schleicht sich dabei vielleicht bei immer mehr gebildeten Angelsachsen ein, daß eben nicht die Aggressivität

der Deutschen ursächlich für zwei Weltkriege war, sondern letztlich ihr Fleiß, ihre Formliebe und ihr Ideenreichtum. Das europäische Kraftzentrum entwickelte sich so prächtig, daß die etablierten Machtzentren sich gezwungen sahen, zwei ökonomische Präventivkriege gegen das Deutsche Reich zu führen. Der zweite Krieg war allerdings nicht nur ökonomisch motiviert, sondern darf auch als ideologischer Präventivkrieg angesprochen werden, hatte sich im nationalsozialistischen Deutschland doch eine erste Antiglobalisierungsbewegung staatlich etabliert, die, wären ihr mehr Friedensjahre zur Erprobung vergönnt gewesen, wahrscheinlich allerorten Nachahmer gefunden hätte.

Es muß betont werden, daß weltweit kapitalismuskümmerte Selbstdenker in Deutschland nicht nur das Land der Musik, der Literatur, der Philosophie und der Erfindungen sehen, sondern selbiges bis heute als politische Ideenschmiede wahrnehmen. Trotz der beinahe totalen Zerschlagung des europäischen Zentrums ist hier die Glut immer noch nicht erloschen. Eine kleine politische Avantgarde existiert, die in der Lage ist, dieser Welt den Weg aus der kapitalistischen Sackgasse zu weisen. Ob sie sich eine Chance erkämpfen kann, hängt von den äußeren Umständen ab.

Krise des Kapitalismus als Chance?

Tag für Tag erbringen unsere Systempolitiker oder auch die von ihnen vorgeschobenen Wirtschaftsexperten den Nachweis ihres Nichtwissens bzw. ihrer Böswilligkeit, indem sie die Begriffe „Marktwirtschaft“ und „Kapitalismus“ synonym verwenden. Damit verstellen sie den Menschen den Blick auf Alternativen. Wer letzteren Terminus kritisiert, ist damit nicht zwangsläufig antimarktwirtschaftlich eingestellt. Das Wirtschaften für den Markt läßt sich bei vernünftiger Steuerung mit Gerechtigkeit und Erhaltung der Natur versöhnen, der Kapitalismus nicht. So ist denn die gegenwärtige Krise definitiv keine des

herrschenden Wirtschaftssystems, sondern eine des korrespondierenden Geldsystems, des zinsbasierten Kapitalismus. Dieses die Gier schamlos belohnende System ermöglicht enorme Buchgeldschöpfungen, gigantische Kapitalakkumulationen und globale Konzentrationsprozesse. Die Hochfinanz führt die wertschöpfende Realwirtschaft und die Politik am Nasenring durch die Manege. Zudem unterwirft die Zinsforderung des Kapitals die Realwirtschaft einem permanenten, ressourcenvernutzenden Wachstumszwang. Dieser systemimmanente Wachstumszwang überfordert unsere endliche Welt, führt daher zu den bekannten zyklischen Zusammenbrüchen und verhindert eine Homöostase von Mensch und Natur sowie eine Freisetzung des Menschen zu sich selber. Ob die gegenwärtige Krise des Geldabsolutismus in eine Inflation einmündet oder der Vertrauensverlust der Menschen den Geldumlauf verlangsamt und damit ein deflationärer Prozeß beginnt, kann noch nicht sicher vorausgesagt werden. Sicher ist nur, daß mit jedem Tag, der von den Herrschenden „gewonnen“ wird, die Fallhöhe zunimmt und die völlig vernetzte Weltwirtschaft ein perfektes Opfer für einen Zusammenbruch abgibt.

Systemkrisen bieten Systemoppositionen die Möglichkeit der Einflußnahme, vielleicht auch der Bewährung. Allerdings hat die weiter oben angesprochene synonyme Verwendung der Begriffe Kapitalismus und Marktwirtschaft und die Verteufelung sogenannter „Dritter Wege“ dazu geführt, daß die medienmanipulierte Mehrheit heute noch keine Alternative zum herrschenden System denken kann. Ein neuer kommunistischer Versuch scheint unmöglich und die identitäre Systemopposition ist zu schwach, als daß sie vielleicht schon in wenigen Monaten mit der notwendigen Quantität und Qualität politisch Einfluß nehmen könnte. Die augenscheinliche Alternativlosigkeit läßt die Gefahr bestehen, daß die Geldeliten von heute wiederum die politischen Entscheider von morgen sein könnten - jedenfalls

dann, wenn wir mit einem allmählichen Systemzerfall konfrontiert werden und nicht mit einem Systemkollaps, der unter Umständen sogar in ein chaotisches Interregnum zu führen vermag. Wenn die gegenwärtige Krise nicht politisch genutzt werden kann, werden sich jedoch mittelfristig (fünf bis 30 Jahre) neue gigantische Herausforderungen (aufpotenzierte Krisendynamiken) ergeben, auf die Antworten zu finden den Herrschenden sehr schwer fallen dürfte.

Peak Oil

Die Erde ist endlich. Laut Prognosen der UNO werden im Jahre 2030 etwa 8,5 Mrd. Menschen unseren Planeten bevölkern. Die effektive Tragfähigkeit der Erde beträgt 20 Mrd. Menschen – wenn wir alle so lebten wie die brasilianischen Urwaldbewohner. Beim heutigen Weltdurchschnittslebensstandard können selbst 6 Mrd. Menschen nicht nachhaltig existieren. Sollte die Menschheit weiter wachsen, wird die Natur ihre seit Jahrmillionen erprobten Selbstregulierungsmechanismen in Gang setzen. Wenn der große Hunger eine neue Wolfszeit einleitet, wird der heute herrschende Humanitarismus lange vergessen sein.

Schon einige Dekaden vorher wird der Mangel, die Industrieländer eingeschlossen, überall bemerkt werden. Man spricht in diesem Zusammenhang von Peak Oil, Peak Soil und Peak Everything. Da der Peak Oil die zeitlich am nächsten liegende Herausforderung darstellen dürfte, wollen wir uns an dieser Stelle nur diesem Problemfeld nähern. Mit Peak Oil wird das weltweite Ölfördermaximum bezeichnet. Dies ist also der Zeitpunkt, ab dem die Förderquote eines einzelnen Ölfeldes, einer Förderregion oder der gesamten Erde ihren absoluten Höchstwert erreicht. Die Hälfte des förderbaren Öls ist damit gewonnen worden. Obgleich dies häufig zu vernehmen ist, bezeichnet Peak Oil keinesfalls das Ende des Öls! Erdöl wird auch noch in dreißig Jahren verfügbar sein, jedoch wahrscheinlich in viel zu geringen Mengen, um den globalen Bedarf vollständig zu decken und zu deutlich höheren Preisen. Die allgemeine Begründung für die Existenz des Peak Oil ist die nicht zu leugnende Endlichkeit



fossiler Ressourcen. Es muß also einen sogenannten „Depletion Point“ (Zeitpunkt der Erschöpfung) geben. Nur wie wird der Peak verlaufen? Diskutiert wird ein „Plateau Oil“, d. h. ein stagnierendes globales Förderlevel. Wie lange das Plateau hält, hängt von der Ölpreisentwicklung ab, da bei steigenden Ölpreisen mehr Investitionen in Förderanlagen, neue Fördertechnik, Erdölsubstitute und energiesparende Technologien getätigt werden. Allerdings wird der technische Fortschritt das Versiegen des flüssigen Goldes nicht verhindern, sondern nur abbremsen können.

Augenfällig ist, daß die meisten einschlägigen Studien den Peak Oil vor dem Jahr 2020 eintreten sehen, einige gehen davon aus, daß der Peak bereits seit der Jahrtausendwende hinter uns liegt. Ob der Peak Oil gesellschaftliche und politische Erdbeben auslöst, hängt entscheidend von der Höhe der Depletion Rate ab, also der Rate, mit der die Ölförderung nach dem Peak schrumpft. Hier gibt es zwischen den einschlägigen Veröffentlichungen sehr große Unterschiede in den Schätzungen. Die Höhe der Depletion Rate (sanftes Absinken oder steiles Abfallen) gibt die Antwort darauf, ob für eine Transformation hin zu einer postfossilen Gesellschaft ausreichend Zeit zur Verfügung steht oder ob mit dem Zusammenbruch des Wirt-

schaftswachstums und der globalen Arbeitsteilung chaotische Prozesse ablaufen werden. Trotz weltweit intensivster Ölsuche mußte der Geologe Colin J. Campell jedenfalls anlässlich eines 2010 an der TU Clausthal gehaltenen Vortrages konstatieren: „Wir finden heute einen Barrel für vier, die wir konsumieren!“

Erdöl als Determinante der Globalisierung

Etwa 90 % aller industriell gefertigten Produkte (Pharmazeutika, Farbstoffe, Textilien) hängen heute von der Verfügbarkeit von Erdöl ab. Zudem ist Erdöl die Grundvoraussetzung für den Transport großer Warenmengen über tausende von Kilometern. Besonders das Containerschiff gilt als Rückgrat der Globalisierung, ja, es symbolisiert diese geradezu. Die globale Arbeitsteilung wäre ohne den billigen – ökologische Schäden sind nicht eingepreist – Energieträger nicht denkbar. Aber auch die Siedlungs- und Arbeitsorganisation in den Industriestaaten beruht auf erdölbasierter Mobilität. So verdankt die klassische Vorstadt bzw. das gewöhnliche Auseinanderfallen von Arbeitsstelle und Wohnort ihre bzw. seine Existenz dem Öl. Weltweit werden pro Tag (Stand 2010) etwa 87 Millionen Barrel Erdöl verbraucht (1 Barrel = 159 l). In der BRD werden jährlich 100 Mil-

lionen Tonnen verbraucht, was einem Pro-Kopf-Verbrauch von ungefähr einer Tonne entspricht. Dabei wächst die Abhängigkeit der EU von Energieimporten weiter. Bei Erhalt des wachstumsbasierten kapitalistischen Wirtschaftens würde die Energieimportquote der EU in den nächsten zehn Jahren von derzeit 50 auf 70 % wachsen müssen. 60 % des bundesdeutschen Importvolumens stammen aus drei Ländern (Rußland: 35,3 %, Norwegen: 14,1 %, Großbritannien: 10,7 %). Alle drei Staaten haben ihre nationalen Peaks mit großer Wahrscheinlichkeit bereits überschritten.

Eine Vorbereitung auf Peak Oil bzw. auf den Depletion Point ist im globalisierten Wirtschaftssystem allerdings nur begrenzt und unter Inkaufnahme außenpolitischer Risiken möglich: Die Ölkrise der 1970er-Jahre nutzte die Politik der BRD, durchaus vorausschauend, um die Bezugsquellen zu diversifizieren. Außereuropäische Abhängigkeiten wurden dabei abgebaut. Jedoch gibt es heute augenfällige Konzentration der Erdöllagerstätten und der Transportinfrastruktur in der sogenannten strategischen Ellipse, die geographisch vom Nahen Osten, über den kaspischen Raum bis in den Hohen Norden Rußlands reicht. Hier lagern fast 75 % der Weltölreserven und 70 % der Gasreserven. Problempunkte sind aus deutscher Sicht der lange Transportweg und die Konfrontation aller weltpolitischen Akteure in dieser Region. Kurzfristig kann eine Substitution und Perpetuierung von Erdöl durch Erdgas angedacht werden, was die Bedeutung Rußlands noch weiter steigern würde und zudem die Befindlichkeit der östlichen Nachbarn tangiert, wie die Reaktionen jener auf den Bau der Ostseepipeline sowie der Gasleitungen Nabucco und South Stream zeigen. Allerdings ist Gas kein verbreiteter Verkehrsenergieträger. Auch Strom aus regenerativen Quellen bietet das bekannte Transformationsproblem. Die Produktion nachwachsender Energieträger führt zur Flächenkonkurrenz mit Nahrungsmitteln auf einer begrenzten landwirtschaftlichen Fläche, die einen überproportionalen Anstieg des weltweiten Konkurrenzkampfes um Boden nach sich ziehen dürfte. Beginnt das Nachdenken über Energieautarkie, gelangt man schnell zur Kohleverflüssigung/Kohlehydrierung. F. Bergius entwickelte bereits 1913 ein Verfahren

zur Herstellung von flüssigen und löslichen organischen Verbindungen aus Steinkohle, für das er 1931 den Chemie-Nobelpreis erhielt. Die großtechnische Machbarkeit war in den 20er-Jahren erreicht und ermöglichte im 2. Weltkrieg eine Jahresproduktion von immerhin 4 Millionen Tonnen. Obgleich die Kohleverflüssigung bereits ab 50 \$ pro Barrel Rohöl als wirtschaftlich gilt, ist sie energetisch vergleichsweise ineffektiv und ökologisch bedenklich. Schwierigkeiten beim Aufbau neuer Hydrieranlagen und der Wiedererschließung der Kohlelagerstätten müßten beseitigt werden. Da auch diese Technik auf endliche Energieträger zurückgreift, kann sie nur als „Brückentechnologie“ oder als ultima ratio zur Verhinderung eines totalen Energiekollapses gedacht werden.

Die großen, weltweit agierenden Industrienationen, und die BRD ist eines der am stärksten globalisierten Länder der Welt, können aus ihrer Ölabhängigkeit zur Zeit nicht entkommen.

Systemkrise nach Erreichen des „Tipping Point“

Welche gravierenden Folgen die plötzliche Erdölverknappung für ein Land haben kann, soll am Beispiel Nordkoreas aufgezeigt werden: Nach dem Koreakrieg ermöglichte die UdSSR Nordkorea den Aufbau einer industrialisierten, produktiven Landwirtschaft. Mit dem Kollaps der UdSSR versiegte schlagartig der Zufluß billigen Öls. Die großen Maschinenparks mußten stillgelegt werden. Trotz Erhöhung der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 25% auf 36% konnte der Ausfall von 80% der Maschinen nicht ausgeglichen werden. Außerdem wurde die Rückkehr zu traditionellen Anbaumethoden durch die überdüngten Böden erschwert. Zwischen 1989 und 1998 fielen daher die Erträge um 60% - mit den bekannten Auswirkungen auf die Versorgungslage in dem asiatischen Land.

Augenfällig ist die zunehmende Integration von Aspekten der Energieversorgung in Strategiedokumente zur nationalen Sicherheit verschiedener Staaten. Der „Cheney-Report“, benannt nach dem ehemaligen US-Vizepräsidenten, erkannte bereits im Jahr 2001, daß der Rohölimport in die USA bis zum Jahr 2010 um 60 % steigen müsse und cha-

rakterisierte die Golfregion im Hinblick auf amerikanische Interessen als lebenswichtig. Die im Mai 2010 verabschiedete Nationale Sicherheitsstrategie der neuen Obama-Administration forderte gesteigerte Anstrengungen für die künftige Energieversorgung ein und bezeichnete die Aufrechterhaltung des freien Welthandels fossiler Rohstoffe explizit als Grundvoraussetzung für die amerikanische Sicherheit und den Wohlstand des Landes. Die VR China bemerkte in ihrem Weißbuch („Chinas's National Defense in 2008“), daß die globale Energiefrage weltweit an Brisanz gewänne und in diesem Feld tiefgreifende, sich widersprechende Interessen existierten. Und auch Rußland gewahrt hier eine potenzielle Gefahr für die nationale Sicherheit des Landes und schreibt in seinem bis 2020 reichenden Strategiepapier die Schaffung strategischer Treibstoffreserven fest. Unübersehbar wird die Energiepolitik einer zunehmenden „Versicherlichung“ unterworfen, d. h. sie wird in außen- und sicherheitspolitische Konzepte und militärstrategische Planungen integriert.

Verständlicherweise, denn es besteht ein systemisches Risiko beim Überschreiten des sogenannten „Tipping Points“, sowohl für die Weltwirtschaft als auch auf der nationalen Ebene. Das Phänomen des Tipping Points in komplexen Systemen ist in der Mathematik seit langem als Bifurkation bekannt. Diese besagt, daß ein System (Gesellschaft, Weltwirtschaft etc.) bei seinem Erreichen nicht mehr proportional auf Änderungen (hier: Ölverknappung) reagiert, sondern chaotisch. Kurzfristig würde ein steigender Ölpreis den Konsum und den wirtschaftlichen Ausstoß senken. Es käme zur Rezession. Mittelfristig wurden die Wirtschaftssubjekte die dauerhafte Kontraktion realisieren, ihre Investitionen unterlassen und damit den Geldkreislauf zum Versiegen bringen, was den Zusammenbruch des Bankensystems, der Börsen und der Finanzmärkte zur Folge hätte. Wie oben berichtet, haben sich moderne Volkswirtschaften vornehmlich auf der Basis des Erdöls ausdifferenziert. Das innergesellschaftliche Krisenszenario könnte daher folgendermaßen aussehen: Das Versiegen des billigen Öls brächte zunächst eine spürbare Einschränkung des Individual- und Güterverkehrs. Das Just-in-time-Prinzip, also die faktische Lagerhaltung auf der

Straße, wäre nicht mehr durchführbar, ein Neuaufbau dezentraler Produktionsstätten und Lagerstrukturen aber nicht zeitnah möglich. Die Weltwirtschaft mit ihrer globalen Arbeitsteilung ist extrem vernetzt. Perturbationen breiten sich rasend schnell aus.

Der Zusammenbruch globaler Wertschöpfungsketten könnte nicht nur spürbare Auswirkungen auf den Handel und das Preisgefüge haben, sondern recht rasch Engpässe bei der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern hervorrufen. Nahrungsmittelunsicherheit würde sich ausbreiten, da die hochmechanisierte Landwirtschaft partiell ausfiel. Die Übertragungskanäle der Schockwellen sind dabei so vielfältig wie die Verwendungsmöglichkeiten des Erdöls und die Möglichkeiten zur Ausdifferenzierung von Wertschöpfungsketten. Der Systemkollaps wäre wohl unausweichlich.

Wenn in dieser Situation dann bereits eine allgemeine und anhaltende Vertrauenskrise gegenüber zentralen staatlichen Institutionen und der Problemlösungsfähigkeit der Politik besteht, wie sie sich seit dem Beginn der Finanzkrise 2008 in stetig wachsendem Maße manifestiert, wird eine politische Revolution denkbar. Denn ohne Vertrauen ist eine Gesellschaft nicht überlebensfähig! Die Systempolitik kann aber aus der ressourcenzehrenden Wachstumsideologie nicht aussteigen, bzw. sich nicht konsequent systemstabilisierend auf das hier durchgespielte Szenario vorbereiten, weil bekannt ist, daß nur eine kontinuierliche Verbesserung der individuellen Lebensumstände die Basis für sogenannte „tolerante“ und „offene“ Gesellschaften bietet.

Auftrag

Begreift sich die identitäre Systemopposition als in der Tradition der deutschen Ideenschmiede stehend und begehrt sie politischen Führungsanspruch, muß sie jetzt beginnen, die Fragen einer mittelfristigen Zukunft zu beantworten. Im wirtschaftspolitischen Bereich sollte daher die Synthese bewährter raumorientierter Konzepte mit Ideen der Postwachstumsökonomie auf der Agenda stehen. Dabei verlangt unter Umständen der überkommene Arbeitsbegriff nach einer Transformation im postindustriellen Sinne.

Literaturempfehlung: Zentrum für Transformation der Bundeswehr (Hrsg.): Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen, Strausberg 2010 (abrufbar unter www.zentrum-transformation.bundeswehr.de)

Hankel gegen Waigel

Leserbrief zur Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27/28.8.2011, Seite 13 (Feuilleton) und „letzte Seite“ (30. August 2011, Autor: Prof. Dr. Wilhelm Hankel).

„Die ‚Süddeutsche‘ hat sich ein historisches Verdienst erworben. Sie hat die Schicksalsfrage unserer Zeit, gestellt von Thomas Steinfeld im Feuilleton (Wergibt uns einen Feind mit Gesicht?) auf ihrer letzten Seite (Wochenende) klar und präzise beantwortet: der Ehrenvorsitzende der bayrischen Staatspartei (CSU) Theo Waigel.

Herr Steinfeld sorgt sich zu Recht um unsere jungen zornigen Leute, die rund ums Mittelmehr, von Nordafrika bis Südeuropa protestieren – nur gegen wen? Korrupte Diktatoren, inkompetente Regierungen, das System, die Alten, die statt etwas zu vererben unbezahlbare Hypotheken hinterlassen? Als Feuilletonist sei ihm verziehen, daß er zur Klärung den überschätzten US-Ökonomen Hyman P. Minsky heranzieht: Von subjektiven Einschätzungen, Erwartungen, Stimmungen gesteuerte Märkte seien per se volatil und instabil, also wenig vertrauenswürdig. John Maynard Keynes, auf den Minsky sich bezieht, ist dafür gerade kein Kronzeuge. Keynes war zwar gegen das „Laissez-faire“ der Märkte, aber stets davon überzeugt, daß sie sich mit sach- und fachkundiger Politik steuern lassen und daß es dazu keine Alternative gibt – es sei denn, man wolle Chaos oder mit Lenin (wie er mehrfach ausführt) die bürgerliche Gesellschaft zerstören, indem man ihr Geldwesen zerrütet.

Genau das schafft der von Herrn Winkler auf „der letzten Seite“ derselben Ausgabe pixelgetreu konterfeite Ehrenvorsitzende der bayrischen Staatspartei. Ein

Politiker, wie er offenbar zur Folklore dieses schönen Bundeslandes gehört: eitel, inkompetent, christlich, aber letztlich nur ein sich demaskierender Pharisäer.

Weil es ihm gut geht, nimmt er die Sorgen anderer Menschen kein bißchen ernst. Seine Rente ist ja so sicher wie die seines langjährigen Kollegen Blüm. Deswegen empfiehlt er Menschen, die mehr Sachverstand besitzen als er, den Gang zum Psychiater. Warum nicht gleich in die Klapsmühle? Wenn die Europäische Zentralbank unter Bruch von Statut und gesiegelten Verträgen ihren Auftrag, die Währung zu schützen, vergisst und zur „Beruhigung der Finanzmärkte“ (so EZB-Präsident Trichet) inzwischen für mehr als 100 Milliarden € Schrottanleihen kauft und mit ungedecktem Geld bezahlt, dann sind das für Herrn Waigel „Peanuts“; die daraus resultierenden Folgen nichts weiter als „irreführende Eindrücke“. Und wenn er als früherer deutscher Finanzminister nach zwölf Jahren Erfahrung mit der Gemeinschaftswährung im Brustton der Überzeugung verkündet, Deutschland habe sich mit ihr (und natürlich dank ihm!) „ungeheure Wettbewerbsvorteile“ verschafft, dann muß man sich fragen, was daraus mehr spricht: Realitätsblindheit, fachliche Inkompetenz oder Selbstüberschätzung der eigenen Person. Deutschland hat in den Euro-Jahren den größten „Blutverlust“ an finanziellen und materiellen Ressourcen seit dem 2. Weltkrieg erlebt: Zwei Drittel seiner Ersparnisse flossen (laut Ifo) über den Leistungsbilanzausgleich (die Defizite unserer Partner) ins Ausland ab, die deutsche Investitionsquote (Anteil am Bruttoinlandsprodukt) erreichte ihren historisch tiefsten Stand und die über den Euro vermiedene DM-Aufwertung früherer Zeiten (laut Waigel und anderen Kollegen ein Plus für die deutsche Exportwirtschaft) stellt, um mit Karl Schiller zu sprechen, eine verlorene „Sozialdividende“ für alle Deutschen dar. Die schlichte Wahrheit ist: Die Deutschen bekommen im Euro weniger für ihr verdientes Geld als früher mit der D-Mark und die deutsche Exportwirtschaft hat den Anteil ihrer Euro-Exporte (laut IWF) kein bißchen gesteigert.“